

420677-2026 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen von Architekturbüros bei Freianlagen – Neugestaltung
Schulgelände

OJ S 116/2026 18/06/2026

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung - Änderungsbekanntmachung
Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Amt Spreehagen

E-Mail: vergabe@amt-spreehagen.de

Rechtsform des Erwerbers: Lokale Gebietskörperschaft

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Neugestaltung Schulgelände

Beschreibung: Die Gemeinde Spreehagen beabsichtigt das Schulgelände der Grundschule "Am Kiefernwald" neu zu gestalten. Zunächst sollen die Planungsleistungen gem. § 39 (3) i.V. m. § 40 sowie Anlage 11 HOAI 2021 hierfür vergeben werden. Die Baumaßnahme wird im laufendem Schulbetrieb umgesetzt, die Bauzeit/ der Bauablauf sind entsprechend zu koordinieren.

Kennung des Verfahrens: c599b7b1-9bca-488f-9d21-e69d50bb2878

Interne Kennung: 2026_43_BV_GS_Spree

Verfahrensart: Offenes Verfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

Zentrale Elemente des Verfahrens: Es ist vorgesehen, das Vergabeverfahren in einem offenen Verfahren zu vergeben. Im ersten Schritt erfolgt die Prüfung und Bewertung der Eignung, entsprechend den bekanntgemachten Mindestkriterien. Es werden nur Bieter beteiligt, die die formalen Anforderungen erfüllen und bei denen keine Ausschlussgründe vorliegen. Nach Abschluss der Eignungsprüfung erfolgt die Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebotes auf der Grundlage der bekannt gegebenen Zuschlagskriterien. Erscheinen der Preis oder die Kosten eines Angebots im Verhältnis zu den zu erbringenden Leistungen ungewöhnlich niedrig, verlangt der Auftraggeber/ die Vergabestelle gem. § 60 VgV vom Bieter Aufklärung: Als ungewöhnlich niedrige Angebote werden Solche gewertet, die die Tabellenwerte der HOAI um mehr als 20 Prozent unterschreiten. Kann die geringe Höhe des angebotenen Preises oder der angebotenen Kosten nicht zufriedenstellend aufgeklärt werden, darf der Auftraggeber den Zuschlag auf dieses Angebot gem. § 60 VgV ablehnen. Bei Gleichstand der zugelassenen Angebote entscheidet das Los.

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71222000 Dienstleistungen von Architekturbüros bei Freianlagen

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen, 71320000 Planungsleistungen im Bauwesen

2.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Artur-Becker-Ring 3
Stadt: Spreehagen
Postleitzahl: 15528
Land, Gliederung (NUTS): Oder-Spree (DE40C)
Land: Deutschland
Zusätzliche Informationen: keine

2.1.3. Wert

Geschätzter Wert ohne MwSt.: 1 657 790,00 EUR

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: #Bekanntmachungs-ID: CXP9YJCJHSJQ# 1. Die Bieterkommunikation erfolgt während der Angebotsfrist ausschließlich über den Kommunikationsbereich des Vergabemarktplatzes Brandenburg. Dies gilt insbesondere für Fragen, die zur Ausschreibung gestellt werden. Die Vergabeunterlagen werden allen Bietern ausschließlich über den Vergabemarktplatz Brandenburg zum Download zur Verfügung gestellt. Ein weitergehender Versand durch den öffentlichen Auftraggeber, gleich welcher Art, erfolgt nicht. Um am Verfahren teilnehmen zu können (und z.B. eigene Nachrichten an die Vergabestelle zu senden, Angebote bzw. Teilnahmeanträge abzugeben oder über Änderungen automatisch per Mail informiert zu werden) sind ein Login und eine vorherige Registrierung erforderlich, soweit das Unternehmen nicht bereits registriert ist. 2. Fragen zur Ausschreibung sind ausschließlich über den Vergabemarktplatz so rechtzeitig zu stellen, dass der Vergabestelle eine Beantwortung spätestens 6 Kalendertage vor dem Ablauf der Angebotsfrist möglich ist. 3. Die Abgabe eines elektronischen Angebotes erfolgt über das Bietertool des Vergabemarktplatzes Brandenburg. 4. Angebote, die per E-Mail eingereicht werden, sind nicht zulässig und führen zum Ausschluss am Vergabeverfahren.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Verstoß gegen die in den rein innerstaatlichen Ausschlussgründen verankerten

Verpflichtungen: zwingende und fakultative Ausschlussgründe gemäß §§ 123 bis 126 GWB

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: zwingende und fakultative Ausschlussgründe gemäß §§ 123 bis 126 GWB

Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten: zwingende und fakultative Ausschlussgründe gemäß §§ 123 bis 126 GWB

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: zwingende und fakultative Ausschlussgründe gemäß §§ 123 bis 126 GWB

Betrug: zwingende und fakultative Ausschlussgründe gemäß §§ 123 bis 126 GWB

Korruption: zwingende und fakultative Ausschlussgründe gemäß §§ 123 bis 126 GWB

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels: zwingende und fakultative Ausschlussgründe gemäß §§ 123 bis 126 GWB

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Steuern: zwingende und fakultative Ausschlussgründe gemäß §§ 123 bis 126 GWB

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Sozialversicherungsbeiträgen: zwingende und fakultative Ausschlussgründe gemäß §§ 123 bis 126 GWB

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: zwingende und fakultative Ausschlussgründe gemäß §§ 123 bis 126 GWB

Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: zwingende und fakultative Ausschlussgründe gemäß §§ 123 bis 126 GWB

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: zwingende und fakultative Ausschlussgründe gemäß §§ 123 bis 126 GWB

Zahlungsunfähigkeit: zwingende und fakultative Ausschlussgründe gemäß §§ 123 bis 126 GWB

Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter: zwingende und fakultative Ausschlussgründe gemäß §§ 123 bis 126 GWB

Einstellung der gewerblichen Tätigkeit: zwingende und fakultative Ausschlussgründe gemäß §§ 123 bis 126 GWB

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften: zwingende und fakultative Ausschlussgründe gemäß §§ 123 bis 126 GWB

Schwerwiegendes berufliches Fehlverhalten: zwingende und fakultative Ausschlussgründe gemäß §§ 123 bis 126 GWB

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs: zwingende und fakultative Ausschlussgründe gemäß §§ 123 bis 126 GWB

Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren: zwingende und fakultative Ausschlussgründe gemäß §§ 123 bis 126 GWB

Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens: zwingende und fakultative Ausschlussgründe gemäß §§ 123 bis 126 GWB

Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen: zwingende und fakultative Ausschlussgründe gemäß §§ 123 bis 126 GWB

Täuschung, Zurückhaltung von Informationen, Unfähigkeit zur Vorlage erforderlicher Unterlagen oder Erlangung vertraulicher Informationen zu dem Verfahren: zwingende und fakultative Ausschlussgründe gemäß §§ 123 bis 126 GWB

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Neugestaltung Schulgelände

Beschreibung: Für die Neugestaltung des Schulgeländes sind folgende Inhalte als Bestandteile der zu vergebenden Planungsleistungen zu beachten: - Neugestaltung des Schulgeländes inkl. Ausstattung und Möblierung mit Spielmöglichkeiten, Sitzgelegenheiten, Fahrradständern, Abfallbehältern etc., wenn sinnvoll, dann Wiederverwendung vorhandener Elemente - Überprüfung/ Überarbeitung/ Neuordnung der Erschließung und Wegeverbindungen auf dem Schulgelände - Überarbeitung des bestehenden Bolzplatzes für die Pausennutzung - Aufwertung des Grundstücksbereichs zum Artur-Becker-Ring - Entwässerungsplanung unter Einbeziehung bestehender Dachflächenentwässerungsanlagen (Rigole/ Mulde/ Sickerschacht) - Die barrierefreie Erschließung der Gebäude und Freiflächen ist sicherzustellen - Planung mit Schülerbeteiligung Sich daraus ergebene Leistungsinhalte als Besondere Leistungen der Leistungsbeschreibung der Planungsaufgabe sind: 1.

Bestandsaufnahme, Beurteilen und Bewerten der vorhandenen Substanz:

Entwässerungsanlagen, Bauteile, Materialien, Einbauten und die zu schützenden und zu erhaltenden Gehölze und Vegetationsbestände 2. Begutachtung von bis zu 15 Bäumen mit Fällantrag 3. Erstellen LV zu Baugrunduntersuchung einschl. Analytik (für die Entsorgung und zur Vorbereitung der Planung des Regenwassermanagements) 4. Regenwassermanagement (Prüfung der Versickerung von Niederschlägen) 5. Erstellung Überflutungsprüfung (Nachweis) der Freianlagen (Ermitteln des anzusetzenden Bemessungsregens, des erforderlichen Rückhaltevolumens, des vorhandenen Rückhaltevolumens in Abstimmung mit dem Auftraggeber und nach den Vorgaben des Baugrundgutachtens, Nachweis und Empfehlungen

von Maßnahmen zur Erhöhung der Überflutungssicherheit) 6. Leitkonzept mit Nachweis Barrierefreiheit 7. Beteiligungsverfahren Nutzer (Im Rahmen der Vorplanung ist ein Beteiligungsverfahren durchzuführen. Eine Auftaktveranstaltung zusammen mit Lehrern, Horterziehern und Kindern/ Jugendlichen vor Ort erfasst wesentliche Wünsche. In einer Abschlussveranstaltung informiert das Planungsbüro alle Beteiligten über das Resultat/ den Entwurf. Für die Veranstaltungen sind 5 Plakate in A1 und 100 Flyer in A5 zu gestalten, zu drucken und in der Schule/ im Hort auszuhängen bzw. auszulegen.) 8. Erstellen einer Fotodokumentation der Baumaßnahme. Die für eine Honorarermittlung der Planungsleistungen anzusetzenden anrechenbaren Baukosten werden entsprechend HOAI im Rahmen der Leistungsphase 3 Entwurfsplanung als Kostenberechnung und, solange diese nicht vorliegt, vorläufig entsprechend der Kostenschätzung der Leistungsphase 2 ermittelt. Die Leistungsphasen 2 und 3 für dieses Bauvorhaben können jedoch erst im Rahmen der Beauftragung nach der Ausschreibung der Planungsleistungen durch ein Planungsbüro erbracht werden. Entsprechend der Grobkostenschätzung ist von anrechenbaren Kosten in Höhe von 1.657.790,00 EUR netto auszugehen. Für die Vergütung der zu vergebenden Planungsleistungen wird das Bauvorhaben entsprechend der aktuellen HOAI in die Honorarzone IV (Mindestsatz) eingeordnet. Derzeit wird von folgendem Ablauf ausgegangen: Leistungsstufe 1: Beginn Planungsleistung 10.08.2026 Vorlage LPH 2 Vorplanung 6 Wochen nach Auftragserteilung (inkl. Schülerbeteiligung) Vorlage LPH 3 Entwurfsplanung: 6 Wochen 02.11.2026 Vorlage LPH 4 Genehmigungsplanung 30.11.2026 Leistungsstufe 2: Vorlage LPH 5 Ausführungsplanung 11.01.2027 Vorlage LPH 6 (LV) Vorbereitung der Vergabe 08.02.2027 Veröffentlichung der Ausschreibung 15.02.2027 LPH 7 Durchführung der Vergabe LPH 8 Objektüberwachung und Dokumentation, Beauftragung der ausführenden Firma. Baubeginn Ende April/ Anfang Mai 2027 Leistungsstufe 3: LPH 9 Objektbetreuung, im Anschluss an LPH 8. Der Auftragnehmer wird mit den Leistungsphasen 1 - 9 in Leistungsstufen beauftragt ohne Rechtsanspruch auf die Beauftragung aller Leistungsphasen oder Leistungsteile. Die Leistungsstufe 1 beinhaltet die Leistungsphasen 1, 2, 3 und 4. Die Vorlage der Entwurfsplanung mit der Kostenberechnung ist zwingend 3 Monate nach Auftragserteilung zu erbringen. Beauftragt werden zunächst nur die Leistungen der Leistungsstufe 1. Die Leistungsstufe 2 schließt sich im Falle einer weiteren Beauftragung mit den Leistungsphasen 5 bis 8 an. Dabei sollte die LPH 6 bis spätestens Mitte Februar 2027 abgeschlossen sein. Die Bauausführung soll ab April 2027 bis Dezember 2029 erfolgen. Die Leistungsstufe 3 schließt sich im Falle einer weiteren Beauftragung mit der Leistungsphase 9 an. Wirtschaftliche Gesichtspunkte sind in der Planungs- und Ausführungsphase zu berücksichtigen. Die Bau- und zu erwartenden Betriebskosten sind zu optimieren, ohne dabei den Standard einzuschränken. Grundlage der Planung ist jeweils der Mindeststandard, der sich aus der Aufgabenstellung bzw. aus den einschlägigen Vorschriften ergibt. Der durch den Auftraggeber vorgegebene Kosten- und Zeitrahmen ist einzuhalten, alternativ zu unterschreiten. Im Rahmen der Objektüberwachung haben die exakte Bauablaufplanung und Termintreue, die Qualitätssicherung sowie die Kostensicherheit vorrangige Bedeutung. Das Gesamtobjekt ist entsprechend den Formvorgaben des Auftraggebers umfassend und revisionssicher zu dokumentieren und in Berichtsform an den Auftraggeber zu übergeben. Der Auftragnehmer wird nach Mängelfeststellung tätig und sichert die unverzügliche Mängelbeseitigung im Rahmen der entsprechenden Fristen zu.

Interne Kennung: 2026_43_BV_GS_Spree

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71222000 Dienstleistungen von Architekturbüros bei Freianlagen

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen, 71320000 Planungsleistungen im Bauwesen

Optionen:

Beschreibung der Optionen: Mit dem Abschluss des Vertrags werden lediglich die Leistungen der Leistungsstufe 1 (LPH 1 bis 4) beauftragt. Die weiteren Leistungen, Leistungsstufen und Leistungsteile werden einzeln oder im Ganzen, ganz oder teilweise, in Textform beauftragt. Wesentliche Voraussetzungen für die weitere Beauftragung sind die Einhaltung der vorgegebenen Kostenobergrenze und Termine. Ein Rechtsanspruch auf Beauftragung der weiteren Leistungen besteht nicht. Der Auftraggeber behält sich explizit vor, einzelne Leistungen ganz oder in Teilen auch an Dritte zu vergeben. Die Leistungsstufe 2 schließt sich im Falle einer weiteren Beauftragung mit den Leistungsphasen 5 bis 8 an. Dabei sollte die LPH 6 bis spätestens Mitte Februar 2027 abgeschlossen sein. Die Bauausführung soll ab April 2027 bis Dezember 2029 erfolgen. Die Leistungsstufe 3 schließt sich im Falle einer weiteren Beauftragung mit der Leistungsphase 9 an. Wirtschaftliche Gesichtspunkte sind in der Planungs- und Ausführungsphase zu berücksichtigen. Die Bau- und zu erwartenden Betriebskosten sind zu optimieren, ohne dabei den Standard einzuschränken. Grundlage der Planung ist jeweils der Mindeststandard, der sich aus der Aufgabenstellung bzw. aus den einschlägigen Vorschriften ergibt. Der durch den Auftraggeber vorgegebene Kosten- und Zeitrahmen ist einzuhalten, alternativ zu unterschreiten. Im Rahmen der Objektüberwachung haben die exakte Bauablaufplanung und Termintreue, die Qualitätssicherung sowie die Kostensicherheit vorrangige Bedeutung. Das Gesamtobjekt ist entsprechend den Formvorgaben des Auftraggebers umfassend und revisionssicher zu dokumentieren und in Berichtsform an den Auftraggeber zu übergeben. Der Auftragnehmer wird nach Mängelfeststellung tätig und sichert die unverzügliche Mängelbeseitigung im Rahmen der entsprechenden Fristen zu.

5.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Artur-Becker-Ring 3
Stadt: Spreehagen
Postleitzahl: 15528
Land, Gliederung (NUTS): Oder-Spree (DE40C)
Land: Deutschland
Zusätzliche Informationen: keine

5.1.3. Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 10/08/2026
Enddatum der Laufzeit: 28/12/2029

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Erforderlich für das Angebot

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: nein

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: nein

Zusätzliche Informationen: Hinweis Ende Laufzeit des Vertrages: Der Ausführungszeitraum umfasst den gesamten Leistungszeitraum und kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht abschließend bestimmt werden. Die Angaben sind Richtwerte, die sich nach Projekterfordernis ändern können.

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Eignungskriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Eignungskriteriums: Zum Nachweis der Eignung sind 3 fertiggestellte Referenzprojekte einzureichen, deren bauliche Fertigstellung (Abnahme der Bauleistung) ab dem 01.01.2020 erfolgt ist. Jede Referenz ist auf höchstens zwei DIN A4-Seiten (inkl. Bildmaterial/Plänen) darzustellen und durch eine schriftliche Bestätigung des damaligen Auftraggebers (oder ein entsprechendes Abnahmeprotokoll) nachzuweisen. Die Referenzen müssen in ihrer Gesamtheit folgende Mindestanforderungen erfüllen: - Vergleichbarkeit der Bauaufgabe: Es müssen Freianlagen mit Spiel-, Sport- oder Aufenthaltscharakter für Kinder /Jugendliche im öffentlichen Raum nachgewiesen werden (z. B. Schulaußenanlagen, Kindertagesstätten, öffentliche Spielplätze, Freizeit- oder Parkanlagen). Mindestens eine der drei Referenzen muss zwingend die Außenanlage einer Schule (Schulhof) betreffen. - Leistungsumfang: Für alle drei Referenzen müssen mindestens die Leistungsphasen (LPH) 3 bis 8 gemäß HOAI (Freianlagen) durch das Büro erbracht worden sein. Bei mindestens einer dieser Referenzen muss zusätzlich die LPH 2 erbracht worden sein (Leistungsumfang LPH 2-8). - Projektgröße (Bausumme): Bei mindestens einer der drei Referenzen müssen die anrechenbaren Kosten der Bauleistung (Kostengruppe 500) mindestens 1.000.000 EUR brutto betragen haben. Für die Referenzen gelten folgende Mindestangaben: - Projektbezeichnung - Name des Projektleiters - Beauftragter Leistungsumfang (Leistungsphasen) - Bauvolumen - Honorarzone - Länge der Projektzeit - Länge Bauzeit - Öffentliche Fördermittel (ja/ nein) - Öffentlicher Auftraggeber - Kontaktdaten AG Werden die gestellten Anforderungen nicht erfüllt, wird das Angebot von der weiteren Wertung ausgeschlossen.

Kriterium: Durchschnittlicher Jahresumsatz

Beschreibung des Eignungskriteriums: Mit dem Angebot sind zwingend einzureichen: Angaben zum Umsatz des Unternehmens in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren, soweit er Leistungen betrifft, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind unter Einschluss des Anteils bei gemeinsam mit anderen Unternehmen ausgeführten Leistungen (siehe Eigenerklärung 124D). Durchschnittlicher Jahresumsatz in den letzten drei Jahren mindestens 200.000 Euro netto. Werden die gestellten Anforderungen nicht erfüllt, wird das Angebot von der weiteren Wertung ausgeschlossen!

Kriterium: Eintragung in ein relevantes Berufsregister

Beschreibung des Eignungskriteriums: Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung: - Eintragung in ein Berufs- oder Handelsregister (siehe Eigenerklärung 124 D) - Angaben zur Mitgliedschaft bei der Berufsgenossenschaft (siehe Eigenerklärung 124D) - Angaben zum Bestehen einer Betriebshaftpflichtversicherung (siehe Eigenerklärung 124D) - Zahl der in den letzten drei Jahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte (siehe Eigenerklärung 124D) Auf Verlangen der Vergabestelle/des öffentlichen Auftraggebers sind Nachweise vorzulegen.

Kriterium: Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen

Beschreibung des Eignungskriteriums: - Erklärung zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur gesetzlichen Sozialversicherung (siehe Eigenerklärung 124D) Auf Verlangen der Vergabestelle/des öffentlichen Auftraggebers sind Nachweise vorzulegen.

Kriterium: Eintragung in ein relevantes Berufsregister

Beschreibung des Eignungskriteriums: Als Nachweis über das Bestehen einer Berufs- oder Betriebshaftpflichtversicherung ist dem Angebot als Anlage die schriftliche Bestätigung von einer in der EU zugelassenen Versicherungs-gesellschaft beizufügen. Die Deckungssummen der Berufs- oder Betriebshaftpflichtversicherung müssen in folgender Höhe bestehen: - für Personenschäden 1.500.000,00 EUR - für Sach- und Vermögensschäden 500.000,00 EUR

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 05/07/2026 23:59:59 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://vergabemarktplatz.brandenburg.de/VMPSatellite/notice/CXP9YCJHSJQ/documents>

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

URL: <https://vergabemarktplatz.brandenburg.de/VMPSatellite/notice/CXP9YCJHSJQ>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://vergabemarktplatz.brandenburg.de/VMPSatellite/notice/CXP9YCJHSJQ>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Angebote: 14/07/2026 09:00:00 (UTC+02:00) Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Dauer, während der das Angebot gültig bleiben muss: 30 Tage

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können einige fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Gemäß § 56 VgV: Prüfung der Interessensbestätigungen, Teilnahmeanträge und Angebote; Nachforderung von Unterlagen gilt folgendes: Fehlende, unvollständige oder fehlerhafte unternehmensbezogene Unterlagen, insbesondere Eigenerklärungen, Angaben, Bescheinigungen oder sonstige Nachweise werden nachgefordert um Unterlagen zu vervollständigen oder zu korrigieren. Die Nachforderung von leistungsbezogenen Unterlagen, die die Wirtschaftlichkeitsbewertung der Angebote anhand der Zuschlagskriterien betreffen, ist ausgeschlossen. Dies gilt nicht für Preisangaben, wenn es sich um unwesentliche Einzelpositionen handelt, deren Einzelpreise den Gesamtpreis nicht verändern oder die Wertungsreihenfolge und den Wettbewerb nicht beeinträchtigen. Die Unterlagen sind vom Bewerber oder Bieter nach Aufforderung durch den öffentlichen Auftraggeber innerhalb einer von diesem festzulegenden angemessenen, nach dem Kalender bestimmten Frist vorzulegen.

Informationen über die öffentliche Angebotsöffnung:

Eröffnungstermin: 14/07/2026 09:01:00 (UTC+02:00) Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Ort des Eröffnungstermins: Amt Spreehagen, Hauptstr. 13, 15528 Spreehagen

Eröffnungstermin — Beschreibung: bei EU-weiten Ausschreibungen nach VgV sind Bieter bei der Angebotsöffnung grundsätzlich nicht zugelassen. Gemäß § 55 Abs. 2 VgV wird die Öffnung von mindestens zwei Vertretern des öffentlichen Auftraggebers vorgenommen; Bietervertreter dürfen hierbei nicht anwesend sein.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: VgV § 75 in Verbindung mit § 44 Zugelassen sind: - natürliche oder juristische Personen, die nach dem für die öffentliche Auftragsvergabe geltenden Landesrecht berechtigt sind, die Berufsbezeichnung Landschaftsarchitekt zu tragen oder in der Bundesrepublik Deutschland entsprechend tätig zu werden. - juristische Personen sind als Auftragnehmer zuzulassen, wenn sie für die Durchführung der Aufgabe einen verantwortlichen Berufsangehörigen benennen, der nach dem für die öffentliche Auftragsvergabe geltenden Landesrecht berechtigt ist, die Berufsbezeichnung Landschaftsarchitekt zu tragen oder in der Bundesrepublik Deutschland entsprechend tätig ist. Dieser Nachweis ist bei der Angebotsabgabe mit einzureichen. Fehlt der Nachweis, wird das Angebot von der Wertung ausgeschlossen.

Elektronische Rechnungsstellung: Zulässig

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer des Landes Brandenburg beim Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Energie

Informationen über die Überprüfungsfristen: § 134 GWB zur Informations- und Wartepflicht findet Anwendung: (1) Öffentliche Auftraggeber haben die Bieter, deren Angebote nicht berücksichtigt werden sollen, über den Namen des Unternehmens, dessen Angebot angenommen werden soll, über die Gründe der vorgesehenen Nichtberücksichtigung ihres Angebots und über den frühesten Zeitpunkt des Vertragsschlusses unverzüglich in Textform zu informieren. Dies gilt auch für Bewerber, denen keine Information über die Ablehnung ihrer Bewerbung zur Verfügung gestellt wurde, bevor die Mitteilung über die Zuschlagsentscheidung an die betroffenen Bieter ergangen ist. (2) Ein Vertrag darf erst 15 Kalendertage nach Absendung der Information nach Absatz 1 geschlossen werden. Wird die Information auf elektronischem Weg oder per Fax versendet, verkürzt sich die Frist auf zehn Kalendertage. Die Frist beginnt am Tag nach der Absendung der Information durch den Auftraggeber; auf den Tag des Zugangs beim betroffenen Bieter und Bewerber kommt es nicht an. § 160 GWB zur Einleitung, Antrag findet Anwendung: (1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. (2) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht. (3) Der Antrag ist unzulässig, soweit 1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem

Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt, 2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2. § 134 Absatz 1 Satz 2 bleibt unberührt. Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: Amt Spreehagen
Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Amt Spreehagen

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Amt Spreehagen
Registrierungsnummer: 12-12992262164823-24
Postanschrift: Hauptstr. 13
Stadt: Spreehagen
Postleitzahl: 15528
Land, Gliederung (NUTS): Oder-Spree (DE40C)
Land: Deutschland
Kontaktperson: Bauverwaltung - Vergabe
E-Mail: vergabe@amt-spreehagen.de
Telefon: +49 33633871-25
Fax: +49 33633871-35
Internetadresse: <https://www.amt-spreehagen.de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer
Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt
Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer des Landes Brandenburg beim Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Energie
Registrierungsnummer: t:03318661719
Postanschrift: Heinrich-Mann-Allee 107
Stadt: Potsdam
Postleitzahl: 14473
Land, Gliederung (NUTS): Potsdam, Kreisfreie Stadt (DE404)
Land: Deutschland
Kontaktperson: Vergabekammer - Die Vorsitzende
E-Mail: Vergabekammer@MWAE.brandenburg.de
Telefon: +49 331866-1719
Fax: +49 331866-1652
Internetadresse: <https://mwae.brandenburg.de>

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

10. Änderung

Fassung der zu ändernden vorigen Bekanntmachung

:

d142d97d-52a5-4f63-95bf-f85b9be1c046-01

Hauptgrund für die Änderung

:

Korrektur – Beschaffer

Beschreibung

:

Nachweis der Eignung durch 3 fertiggestellte Referenzprojekte wurde breiter gefasst und dementsprechend aktualisiert.

10.1. Änderung

Abschnittskennung: PROCEDURE

Beschreibung der Änderungen: Zum Nachweis der Eignung sind 3 fertiggestellte Referenzprojekte einzureichen, deren bauliche Fertigstellung (Abnahme der Bauleistung) ab dem 01.01.2020 erfolgt ist. Jede Referenz ist auf höchstens zwei DIN A4-Seiten (inkl. Bildmaterial/Plänen) darzustellen und durch eine schriftliche Bestätigung des damaligen Auftraggebers (oder ein entsprechendes Abnahmeprotokoll) nachzuweisen. Die Referenzen müssen in ihrer Gesamtheit folgende Mindestanforderungen erfüllen: - Vergleichbarkeit der Bauaufgabe: Es müssen Freianlagen mit Spiel-, Sport- oder Aufenthaltscharakter für Kinder /Jugendliche im öffentlichen Raum nachgewiesen werden (z. B. Schulaußenanlagen, Kindertagesstätten, öffentliche Spielplätze, Freizeit- oder Parkanlagen). Mindestens eine der drei Referenzen muss zwingend die Außenanlage einer Schule (Schulhof) betreffen. - Leistungsumfang: Für alle drei Referenzen müssen mindestens die Leistungsphasen (LPH) 3 bis 8 gemäß HOAI (Freianlagen) durch das Büro erbracht worden sein. Bei mindestens einer dieser Referenzen muss zusätzlich die LPH 2 erbracht worden sein (Leistungsumfang LPH 2-8). - Projektgröße (Bausumme): Bei mindestens einer der drei Referenzen müssen die anrechenbaren Kosten der Bauleistung (Kostengruppe 500) mindestens 1.000.000 EUR brutto betragen haben. - Werden die gestellten Anforderungen nicht erfüllt, wird das Angebot von der weiteren Wertung ausgeschlossen. Für die Referenzen gelten folgende Mindestangaben: - Projektbezeichnung - Name des Projektleiters - Beauftragter Leistungsumfang (Leistungsphasen) - Bauvolumen - Honorarzone - Länge der Projektzeit - Länge Bauzeit - Öffentliche Fördermittel (ja/ nein) - Öffentlicher Auftraggeber - Kontaktdaten AG
Änderung der Auftragsunterlagen am: 17/06/2026

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 10ae5cbe-db12-433f-b5c4-74435e4fdf5c - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 17/06/2026 08:16:17 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 420677-2026

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 116/2026

Datum der Veröffentlichung: 18/06/2026